

## Nazi-Aufmarsch verhindert

Wie in anderen Kommunen hatte die NPD auch in Mörfelden und Walldorf Kundgebungen angekündigt.

Der Magistrat unserer Stadt hatte zu Gegenveranstaltungen aufgerufen. Verschiedene Organisationen unterstützten das Anliegen.

Im Aufruf der DKP hieß es: „Wir unterstützen diese Initiative und jeden Protest gegen nationalistische, sozialdemagogische und rassistische Hetze und rufen dazu auf, überall den Anfängen zu wehren. ... Aus der Geschichte lernen heißt für uns, über parteipolitische Grenzen hinweg gegen alte und neue Nazis zusammenzustehen. Wir wissen: ‚Der Schoß ist fruchtbar noch, aus dem das kroch.‘ 75 Jahr nach der ‚Machtergreifung‘ der Nazis, die auch in unserer Stadt mit ihren starken Arbeiterorganisationen ihren Auftrag erfüllten und die Interessen des deutschen Kapitals: Unterdrückung der Arbeiterschaft, ihrer Parteien, Gewerkschaften und Sportvereine; Ausschaltung

der ‚jüdischen‘ Konkurrenz; Sicherung von Höchstprofiten durch Rüstungsproduktion, Kriegsvorbereitung, Krieg und ‚Vernichtung durch Arbeit‘ mit blankem Terror durchsetzen, wollen deren Nachfolger hier ihre Wahlreden halten. Dem gilt es entschieden entgegenzutreten und deutlich zu machen: Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen. Wir erwarten, dass die Stadtverwaltung die beantragten Kundgebungen der NPD auf keinen Fall genehmigt, sondern ablehnende Bescheide erteilt und damit deutlich macht: Die NPD ist in unserer ‚Stadt der Vielfalt‘ nicht willkommen. Die NPD gehört verboten.“

Es gab in Mörfelden und Walldorf Gegenveranstaltungen mit hunderten Teilnehmern. Neben dem Bürgermeister und dem ersten Stadtrat sprachen Schülerinnen, Schüler, Lehrerinnen, Lehrer und Vertreter der Kirchengemeinden. Örtliche Künstler überzeugten mit ihren Beiträgen.

„Nazis raus“ stand auf Schildern, die Schüler zeigten. An der Mauer des alten Rathauses in Mörfelden standen Schüler mit dem Text: „Schule ohne Rassismus“.

Zudem geriet die Anti-NPD-Kundgebung zur kleinen Geschichtsstunde über die Verfolgung von Juden und politisch Andersdenkenden in der Zeit des Faschismus. In Walldorf berichtete u.a. die Schülerin Elisabeth von den jüdischen Geschwistern Reiß, die im KZ ermordet wurden. Der Schüler Ferris erzählte aus den Erinnerungen des Kommunisten Wilhelm Passet, der wie viele am 7. März 1933 von SA-Männern ins KZ Osthofen verschleppt wurde.

Es war schon bewegend, dass an einem normalen Werktag so viele Menschen zusammenkamen.

„Ich bin stolz, Bürger dieser Stadt zu sein, in der so viele Menschen deutlich sagen: Bei uns ist kein Platz für Nazis“, sagte der Schüler Adrian Jungmann auf der Kundgebung in Walldorf und Fabian Herzberger, Schulsprecher der BvS: „es ist für uns Jugendliche heute besonders wichtig zu sehen, dass Mitbürger, unabhängig von Alter, Hautfarbe, Nationalität oder Religion, mit uns gemeinsam gegen die Verherrlichung der NS-Zeit und menschenverachtende Parolen der NPD vorgehen.“



AUS DEM AUFRUF DER AKTION TOLERANZ

## Gemeinsam gegen neue Nazis

In Darmstadt, Kassel, Rüsselsheim und vielen anderen Kommunen haben hunderte Bürgerinnen und Bürger NPD-Kundgebungen vereitelt oder empfindlich gestört. Das sind klare Zeichen des Widerstands der Demokraten.

In unserer Stadt Mörfelden-Walldorf ist die Zeit des Nazireiches nicht vergessen. Der deutsche Faschismus hat die Welt mit Krieg überzogen. Millionen Tote, ungeheures Leid waren die Folgen. Unsere jüdischen Mitbürger wurden ermordet, politisch Andersdenkende in die Konzentrationslager geschleppt.

Deshalb war man sich 1945 einig: Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus! In unserer Stadt hat man sich entsprechend verhalten. Es gibt Gedenkstätten für die Opfer des Faschismus, einen Lehrpfad am ehemaligen KZ-Außenlager, regelmäßige Ausstellungen und Veranstaltungen.

Nun haben wir es überall mit einem verstärkten Auftreten der Neonazis zu tun. Vor allem die NPD ist derzeit die Sammlungsbewegung der extremen Reaktion. Altbekannte Nazis, rassistische Gewalttäter – alles, was militant und reaktionär ist, fühlt sich zu dieser Partei hingezogen.

Mitten in unserer Stadt, dort wo gerade die Stolpersteine für die Opfer des Holocaust verlegt werden, wollen sie ihre Infostände aufbauen. Das darf man nicht zulassen.

Der Kampf gegen Rechtsextremismus wird heute überall von einer breiten gesellschaftlichen Basis getragen. Diese wichtige Arbeit leisten engagierte Menschen in Parteien, Kirchen und Bürgerbündnissen vor Ort.

Überall wird deutlich: Wir wollen die braunen Rattenfänger nicht! Das sollte auch in unserer Stadt verstärkt deutlich werden.

Wir meinen:

Das Engagement gegen den Rechtsextremismus muß gestärkt werden.

Ein gemeinsames Vorgehen aller demokratischen Institutionen wie Parteien, Gewerkschaften, Kirchen und Vereinen gegen Rechts-Extremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus wird wichtiger.

Rassistische Übergriffe müssen mit allen Möglichkeiten des Rechtsstaates konsequent und zeitnah verfolgt werden.

Wehren wir uns gemeinsam gegen die Anfänge. Stellen wir uns den Nazis in den Weg.



Fotos von den Kundgebungen in Mörfelden und Walldorf.

Beeindruckend das Großtransparent mit einem Niemöller-Zitat.

Schulkinder mit selbstgemalten Schildern.

Bodo Kolbe und Ralf Baitinger in Mörfelden.

Die Kundgebung am Walldorfer Bahnhof.



Auf der Kundgebung in Mörfelden sangen Bodo Kolbe und Ralf Baitinger ihr umgetextetes Lied „Senkrescht wie die Sparschel“.

## SENKRESCHT WIE DIE SPARSCHTEL 2008

Musik: Bodo Kolbe  
Text: Bodo Kolbe/Ralf Baitinger

MIR SOIN HIER GEBORN, IM RIED,  
SO HEEST DES LAND  
WALD UND SPARSCHELÄCKER,  
DES HAN MER NUR GEKANNT  
IN UNSERM WALD DIE BEEM,  
DIE DUN SE ABRASIERN  
UN UNSER SPARSCHELÄCKER,  
DIE DUN SE BETONIERN

*SENKRESCHT WIE DIE SPARSCHTEL,  
MÜSSE MER JETZ STEH  
ES KREIZ NET KRUMM UN MIT'M KOPP  
AUS EM DRECK NAUS IN DIE HEH  
WO HEIT AANER GESTOCHE WERD,  
WACHSE MORJE ZWAA UN MEH  
SENKRESCHT WIE DIE SPARSCHTEL,  
MÜSSE MER JETZ STEH*

VERGIFT UNS NUR DE RHOI,  
VERGIFT UNS NUR DE MAA  
VERGIFT UNS UNSER WISSE,  
IHR GRISCHT UNS DOCH NET KLAA  
DIE RUSSE UN FRANZOSE,  
BEKÄMPFE MIR NET MEH  
MIR KÄMPFE GEJE GLATZE,  
GEJE REPS UN NPD

*SENKRESCHT WIE DIE SPARSCHTEL  
MISSE MER JETZ STEH...*

IN MERFELLE UN WALLDORF,  
WAR'S SCHON IMMER BUNT  
OB SCHWARZ WEISS ROT OB GELB,  
DA SACHE MIR „NA UND“  
NUR AA FARB DIE WOLLE MER NET,  
DA DRUFF KÖNNT IHR BAU'N  
DES IS DIE VON DENE DEPPE,  
MIR WOLLE HIER KAA BRAUN

*SENKRESCHT WIE DIE SPARSCHTEL  
MISSE MER JETZ STEH...*

WENN'S NET SO TRAUERISCH WÄR  
KÖNNT MER LACHE,  
DIE WOLLTE ZU UNS IN DE ORT  
DOCH ZUM GLÜCK SIN SE  
NOCH SCHLAU GEWORN UN BLIEBE  
AAFACH FORT  
DENN WAS MIR HIER MACHE,  
IN UNSRER DOPPELSTADT AM WALD  
MIR STELLE UNS HIE UN SINGE,  
GEJE DUMMHEIT UND GEWALT

*SENKRESCHT WIE DIE SPARSCHTEL  
MISSE MER JETZ STEH...*

# Brutalstmögliche Quittung für Koch

Der Wahlabend in Hessen war spannend. Für uns wichtig: Koch hat drastisch verloren, DIE LINKE übersprang auch in Wiesbaden die 5%-Hürde.

DIE LINKE hat bewiesen: Sie kann bereits wenige Monate nach ihrer Gründung auch in einem westdeutschen Flächenland den Sprung in das Landesparlament schaffen. Damit hat sich die politisch-kulturelle Landschaft der Bundesrepublik verändert. Das ist ein großer Erfolg. Die Wählerinnen und Wähler vertrauen darauf, dass DIE LINKE für soziale Gerechtigkeit eintritt. Dieses Vertrauen darf nicht enttäuscht werden.

DIE LINKE ist nun bereits in der Hälfte der Landesparlamente vertreten. Der Einzug in Niedersachsen ist ein beachtlicher Erfolg der Landespartei. Wir freuen uns, dass Christel Wegner, die als Mitglied der DKP auf der Liste der Partei "Die Linke" bei der Landtagswahl in Niedersachsen kandidierte, in den Landtag gewählt wurde. Wir wünschen jedenfalls den neuen Landtagsfraktionen der Partei "Die Linke" viel Erfolg bei ihrem Wirken für eine andere Politik.

DIE LINKE kann jetzt für frischen Wind in den Landtagen sorgen und für mehr soziale Gerechtigkeit wirken. Mit den Stimmen von hunderttausenden Wählern ist bewiesen, dass es eine Nachfrage nach einer Partei links neben der SPD gibt.

Nach wie vor gibt es allerdings viele Nichtwähler. Mit dem Ergebnis der aktuellen Wahlen kann es besser gelingen, mehr Menschen für eine alternative Politik zu gewinnen - auch im Interesse der demokratischen Kultur in diesem Lande.

In Hessen hat sich gezeigt, dass mit ausländerfeindlichen Parolen zurzeit keine Wahlen zu gewinnen sind. Mit ein Grund, dass Roland Koch in der Hessen-Wahl dramatisch verloren hat. Und das ist gut so. Die Anti-Ausländer-Nummer zieht offenbar nicht mehr - und darüber darf man sich freuen.

Roland Koch hat der Bundesrepublik in den vergangenen Wochen einen Politikstil aufgenötigt, der den Begriff Kampagne nicht mehr verdient. Zum Schluss war auf den Plakaten der hessischen CDU nur noch von "Ypsilanti, Al-Wazir und Kommunis-

ten" die Rede, als ob mitten in Deutschland eine unfreundliche Übernahme der Wiesbadener Landesregierung durch Ausländer, Terroristen und Kommunisten drohe. Da konnte man nur den Kopf schütteln. Dass auch die hiesige CDU solche Hetzplakate geklebt hat, sollte man sich merken.

Wie es jetzt weitergeht ist heute, am Montag nach der Wahl, nicht einzuschätzen. Kurt Beck sieht eine Ampel-Koalition zwischen SPD-FDP und GRÜNEN als politisch interessante Variante an. Damit wären dann auch die Wahlversprechen der SPD in Hessen zu vergessen. Das „soziale Profil“ würde einer "realpolitischen" Regierungskonstellation zum Opfer fallen. Willi van Ooyen, Spitzenkandidat der hessischen LINKEN zur Landtagswahl, bemerkt hierzu, dass die Bürgerinnen und Bürger nach der Wahl durch eine Ampel-Koalition nicht die Politik bekommen werden, für die sie abgestimmt haben: „Wer die SPD wählt, weil er einen gesetzlichen Mindestlohn befürwortet, der wird nach der Wahl merken, dass die SPD ihn wieder nicht durchsetzen will. Den schwarzen Peter wird Ypsilanti dann einfach der FDP zuschieben, die einen Mindestlohn strikt ablehnt!“. Beiläufig: Alle Forderungen der GRÜNEN zum Flughafenbau würden einer solchen Koalitionsvariante ebenso zum Opfer fallen. RH



Die DKP unserer Stadt hat eine neue Broschüre zur Geschichte des Volkshauses heraus gebracht.

Die Broschüre kostet 4 Euro und ist bei den Mitgliedern der DKP erhältlich. Bestellen kann man sie auch telefonisch unter 22362 oder 23366.

## Erleichterungen für Radfahrer Forderungen der DKP erfüllt

Seit 1990, also seit etwa 18 Jahren kümmert sich die DKP in unserer Stadt um eine umweltfreundliche Verkehrspolitik, die konsequent das Fahrradfahren fördert. Es ging um mehr Sicherheit für Radfahrer, um örtliche und überörtliche Radwege und um deren Verbesserung bzw. Beschilderung, für Bordsteinabsenkungen und um Fahrradabstellplätze. Viele Initiativen mussten ergriffen, viele Anfragen und Anträge im Stadtparlament gestellt werden. Begleitet wurden die Forderungen in dieser Zeitung und von 200 Unterschriften, gesammelt von Fahrradbenutzern, Radsportlern und Hausfrauen, die umweltbewusst ihre Einkäufe mit dem Fahrrad anstatt mit dem Auto erledigen, die dem Bürgermeister übergeben wurden. Einiges wurde inzwischen getan, aber vieles ist noch zu erledigen. Wir werden dran bleiben.

Die Bürger freuen sich und wir können diesen Punkt abhaken, wenn eine unserer alten Forderungen endlich realisiert wird. So können die Radfahrer endlich am Nordring in Richtung



Am Nordring

Aschaffener Straße und zum Einkaufszentrum Farmstraße, in Höhe Einmündung Kelsterbacherstraße, auf dem Radweg bleiben ohne die Fahrbahn zu queren oder sich zwischen die fahrenden Autos zu begeben.

Auch ist es für Radfahrer, insbesondere für Schüler, auf der Kelsterbacher Straße und Mörfelder Straße sicherer geworden, nachdem auf dem gesamten Streckenabschnitt 30km/h und Einbahnregelungen mit gegenläufiger Benutzung für Radfahrer eingeführt wurden.

Eine weitere alte Forderung der DKP scheint jetzt endlich Gestalt anzunehmen. Wie zu erfahren war, hat Anfang dieses Jahres die Landesregierung das Planfeststellungsverfahren für den Bau eines kombinierten Rad- und Gehweges entlang der Bundesstraße 44 zwischen Mörfelden und Wallendorf (bis zur Höhe Kreuzung Aschaffenerstraße) beantragt. Die neue Radwege-Verbindung ist Teil des regionalen Radwegenetzes und hat eine Länge von etwa drei Kilometern. Die Straße wird täglich von 14.000 Fahrzeugen, darunter 700 Lastwagen und 95 Radfahrern befahren. Es ist also dringender Handlungsbedarf für einen, wie geplant, 2,25 Meter breiten, auf der Ostseite von der Fahrbahn durch einen drei Meter breiten Grünstreifen getrennten Rad- und Fußweg.

Auch die dieser Tage begonnene Untertunnelung der Bahnlinie für Fußgänger und Radfahrer in Höhe Stockhausenstraße bringt nicht nur Vorteile für die Bahnbenutzer, sondern auch für die mit dem Fahrrad fahrenden Schülerinnen und Schüler. Auch als Radwege- und Gehwege-Verbindung zwischen den westlich und östlich gelegenen Stadtteilen ist diese Maßnahme von großer Bedeutung. Heinz Hechler



## Was lange währt, wird endlich gut ...

... sagt das Sprichwort: Am 19. Okt. 2004 richtete die DKP/LL-Fraktion eine Anfrage an den Magistrat, ob es in unserer Stadt eine/n Behindertenbeauftragte/n gäbe. Und wenn nicht, warum nicht. Die Antwort des Sozialamtes war: Nur eine Kommune im Kreis hätte eine solche Kraft; und eine gesetzliche Verpflichtung dazu bestünde nicht. Bisher würde das hiesige Sozialamt die Fälle bearbeiten bzw. an die Behindertenbeauftragte des Kreises vermitteln.

Wir blieben weiter am Ball. Und im Juni 2007 stellte der Magistrat den Antrag eine solche Stelle einzurichten. Es dauerte ein weiteres halbes Jahr bis der Erste Stadtrat eine kompetente Frau präsentierte. Wir wünschen der Behindertenbeauftragten einen guten Start in ihr neues Amt und hoffen, dass ihr Wort bei den Stadtverantwortlichen ein offenes Ohr findet. rd

## Zum Schmunzeln

Neujahrsempfang der Orts-SPD. Neben vielen flotten Sprüchen zum Landtagswahlkampf auch Ehrungen treuer Mitglieder. Drei wurden geehrt für 40jährige Mitgliedschaft und Engagement in der Kommunalpolitik. Dabei verstieg sich der Fraktionsvorsitzende Werner Schmidt zu der Äußerung, das seien „echte 68er“. Nun, ein Geburtstag oder Parteieintritt macht noch keinen 68er aus. Ein kurzer Blick in die Geschichte zeigt: 1968 und in den Folgejahren war Aufbruchstimmung in der Republik. Große Demonstrationen gegen die Notstandsgesetze, die Ostermärsche erreichten Rekordbeteiligung, Studentenproteste („Unter den Talaren der Muff von tausend Jahren“), gegen die Springer-Presse, den Vietnamkrieg. Daraus folgend: Heinemann wird Bundespräsident, Brandt wird Außenminister, später Kanzler.

Die geehrten SPDler waren höchstens Zaungäste, aktiv Handelnde waren sie nicht. Und deshalb ist es vermessend, sie zu den 68ern zu zählen. Es wundert, dass die Geehrten die Sache nicht richtig stellten oder doch wenigstens relativierten. rd



## Bochum wehrt sich

Buh-Rufe, Trillerpfeifen, Wut und Empörung der etwa 30.000 Demonstranten prägten die Bochumer Innenstadt. Nokia-Beschäftigte und ihre Familien, Beschäftigte von Opel, die Feuerwehr und Beschäftigte aus der Stadtverwaltung Bochum und aus anderen Betrieben des Ruhrgebietes und der gesamten BRD, Schulklassen aus Gladbeck, Gelsenkirchen, Essen und Bochum, machten lautstark ihren Protest gegen die brutale Vernichtung von über 4 000 Arbeitsplätzen im Nokia-Werk und bei seinen Zulieferern deutlich. Einzelgewerkschaften und Vertreter aller Parteien (außer FDP) waren vertreten. Vom Nokia-Werk Bochum-Riemke zog um fünf vor zwölf der erste und vom Gewerbepark der zweite Demonstrationzug zum Riemker Markt, auf dem die Solidaritätskundgebung mit den Nokia-Beschäftigten stattfand. Die Nokia-Belegschaft aus Finnland hatte Solidarität übermittelt. Auf Transparenten war u. a. zu lesen: "Die richtige Antwort: Kämpfen wie bei Opel - Millionen abschleppen, aber Arbeitsplätze vernichten - Stoppt die Absahner - CDU/SPD/FDP/Grünen: Die Kamele des Karawanenkapitalismus." Überraschend ist die Schließung des Werkes nicht, denn mindestens seit März 2007 konnten CDU-Politiker, wie die NRW-Wirtschaftsministerin Christa Thoben davon wissen und hätten Subventionen zurückfordern können. Auch die Bundesagentur für Außenwirtschaft in Köln erwähnt in einem Bericht Ende 2007 die 'Investiti-

onen von Nokia in ein neues Handy-Werk" bei Cluj. Dort sollen bereits 2007 für ein "Nokia Village" 33 Millionen an EU-Subventionen in die Taschen des Multi-Konzerns geflossen sein, der zuvor in Deutschland vom Bund und Land NRW 88 Millionen an Fördergeldern kassiert hat. Steuergelder, die von Millionen Beschäftigten hart erarbeitet wurden. Und bereits im August 2007 schloss eine Bielefelder Firma einen Vertrag über 40 Millionen Euro zum Aufbau eines Handy-Werkes in Rumänien ab. Für die Nokia-Beschäftigten ist die Nachricht über die Schließung des Werkes um so unverständlicher, da das Werk 22 Prozent Profit erwirtschaftete. Für Nokia-Chef Olli-Pekka Kallasvuo ist dies nicht genug. Sein Ziel ist es, im gesamten Konzern die Rendite von 15 auf 20 Prozent zu erhöhen. Für diese Gier nach mehr Profiten sollen Tausende von Arbeitsplätzen vernichtet werden. Dafür wird die Zukunft von Tausenden von Menschen einer ganzen Region zerstört. Doch diese Handlungsweise der Konzerne ist nicht ungewöhnlich, sie ist Ausdruck des normalen Kapitalismus.

In dieser Gesellschaft steht nicht der Mensch mit seinen Bedürfnissen, Hoffnungen und Träumen im Mittelpunkt, sondern einzig und allein der Profit für eine Handvoll Reicher und Superreicher. Sie entscheiden, unkontrolliert von der Mehrheit der Bevölkerung, wo auf dieser Welt Menschen eine Arbeit haben, oder wo ganze Regionen sterben, wo Lebensperspektiven zerstört werden und Menschen in Armut versinken. Das macht



deutlich, wie der DKP-Vorsitzende Heinz Stehr betonte: "Die Eigentumsfrage entscheidet über die Lebensverhältnisse des übergroßen Teils der Bevölkerung."

Nokia bleibt bei seiner Entscheidung, der Vernichtung der Arbeitsplätze, trotz Gesprächen mit den Betriebsräten, Aufforderungen und Boykottandrohungen von Politikern. Notwendig ist daher, Wut und Empörung in Widerstand umzuwandeln. Die Welle der Solidarität, die die Beschäftigten von Nokia auf ihrer Protest-Demonstration erfahren haben, kann dafür ein Anfang sein. Die Kommunistische Partei Finnlands betonte in ihrem Solidaritätsschreiben: "Nur indem wir gemeinsam kämpfen, über die nationalen Grenzen hinweg uns gegenseitig unterstützen im Sinnes des solidarischen Miteinanders, können wir unsere Industrien und Arbeitsplätze, unsere Gemeinschaften und Familien verteidigen."

Dies zu organisieren bleibt gemeinsame Aufgabe aller Beschäftigten und ihrer Gewerkschaften. Nokia ist zu enteignen, dies ist eine Forderung die es gilt in internationaler Zusammenarbeit durchzusetzen.

*Wolfgang Teuber (aus: UZ)*

**Wir haben erneut von vielen Leserinnen und Lesern Spenden erhalten, die uns helfen, den „blickpunkt“ weiter herauszugeben. Herzlichen Dank!**

**Jeder Euro hilft, die Zeitung zu erhalten!**



**Das „blickpunkt“-Konto: Kreissparkasse Groß-Gerau Konto 9003419, BLZ 50852553**

# HEIKES TAGEBUCH

**Eine Leserin aus unserer Stadt schickte uns einen Beitrag, den wir für abdruckenswert hielten.**

Liebes Tagebuch,

alle meine Freunde halten diese Zeit für unsicher. Überall ist Krieg und der Terror steht vor unser aller Tür.

Ich aber vertraue unserer Demokratie blind.

Eine große deutsche Zeitung sagt uns nicht nur die Meinung, sondern gleich was wir denken sollen.

Politik wird bereits am Zeitungskiosk betrieben, weil wir Leser vor Ort mit unserem Kleingeld abstimmen und somit nicht nur große Konzerne und Lobbyisten die Politiker erpressen können.

Nein, wir Zeitungsleser beteiligen uns mit einem Einsatz unter einem Euro tatkräftig daran. Wo gibt es schon soviel Macht für lausiges Klimpergeld, als in Deutschland?

Und ob das Sinn macht, darüber brauchen wir uns unsere Köpfe nicht zerbrechen. Das können wir anderntags in unserem Bildungsblatt lesen.

Aber auch sonst fühle ich mich geborgen in den starken Armen unserer Demokratie.

Unsere Politiker beschützen mich vor meinem rauchenden Busenfreund. Sie haben ihn so in die Ecke getrieben, daß er das Rauchen aufgeben durfte. Jetzt hat er auch gleich mehr Geld für die neuen Erhebungen von Strom, Heizöl, Gas und öffentlichen Nahverkehr. Das nenne ich vorausschauend von unseren Politikern.

Das sind wichtige und weitreichende Entscheidungen in unserem Privatleben! Was macht es da, wenn die Kneipe um die Ecke dicht macht, weil die Leute nur noch zu Hause saufen?

Opfer müssen nun mal gemacht werden!

Der Staat schützt Gewaltverbrecher vor den überzogenen Forderungen der Opfer, denn irgendwann muß ja mal Schluß sein!

Und die Familie ist ein geschützter Ort, so daß meine Schwester auch in Zukunft ihrer kleinen Anna beidhändig Vernunft einbleuen kann.

Tradition verpflichtet!

Dann brenne ich darauf, daß Schäuble mich vor meinem bärtigen Nachbarn beschützt. Der war mir nie ganz kosher. Wer so nen Bart trägt, der hat was zu verbergen!

Bald sitzen auch alle Ausländer die wir leider nicht mehr abschieben können in Haft. Die haben doch alle Dreck am Stecken.

Dann wird auch nicht mehr die unverstandene progressive Jugend deutschromantischer Volksreinheit genötigt, präventive Selbstverteidigung zu betreiben. Meine frühere Ostzonen-Tante, die Helga, fühlt sich fast wie vor der Wende.

Früher war sie sich sicher, daß ihre Briefe bereits vor ihr gelesen wurden und sie verfolgt wird, wenn sie der Grenze zu nah kam. Heute ist sie sich sicher, daß sich nicht nur ihr Lover an ihren erotischen e-mails erfreut, sondern der ganze Bundestag. Und dank Handyortung, muß sie sich nicht mehr ständig umdrehen.

Im Gegensatz zu ihr sitzt ihr Verfolger bei

jedem Wetter mit einem Puddingteichen im Warmen.

Da tun sich wahre Möglichkeiten für gemeinnützige Tätigkeiten für Ein-Euro-Jobber auf.

Selbst wenn sie sich mal verläuft, kann sie sich sicher sein, daß schon irgendwer weiß wo sie gerade steckt.

Früher war eben nicht alles besser!

Zur NS-Zeit wurde Berlin lediglich an der Oder verteidigt – heute wird ganz Deutschland am Hindukusch.

Wir Deutschen, und dafür sind wir in der ganzen Welt berühmt, machen halt keine halben Sachen!

Meinen Großeltern wurde früher auch gleichgeschaltet erzählt wo sie sich gerade befinden.

Ich müßte lügen. War es nicht Göring oder Goebbels, der sagte: „*Wo wir sind ist vorn und wenn wir hinten sind ist eben hinten vorn!*“?

Vor ein paar Jahren sagte Müntefering: „*Wo wir sind ist die Mitte!*“

Und auch unsere Bundeskanzlerin zeigt uns verirrt den Weg.

„*Wir sind die Mitte! Die Mitte sind wir!*“ Da soll noch einer sagen, daß Deutschland richtungs- oder orientierungslos ist. Ein Schelm, wer böses dabei denkt.

Heute regen wir uns noch über die neuen Chips in Krankenkassenkarten und Ausweisen auf.

Morgen freuen wir uns schon, weil alles viel unbürokratischer geht, weil wir gleich von Geburt an gechipt werden, wie unser Brutus und die Maunzi.

Dann gehen wir nur an der Tür der Praxis vorbei, da weiß die Sprechstundenhilfe schon wo wir uns genau den letzten Tripper eingefangen haben.

Ich fühle mich sicher und die Zukunft kann nur sicherer werden!

Deine Heike

Autorin: Ines Tanja Fellner

## Kommunal aktiv

Liebe Leserinnen, liebe Leser,  
Sie sind politisch interessiert?  
Sie interessieren sich auch für  
Kommunalpolitik?  
Wollen Sie bei uns mitmachen?  
Sie brauchen dabei noch nicht  
einmal Mitglied werden!

Reden wir miteinander.  
DKP - Telefon 23366

fraport-Planer  
machen sich  
Gedanken

wir auch!



Isenburg  
u.a.  
Betondach  
möglich?

für OF  
Glaskuppel

Waldorf  
entsiedeln!

Rhein und  
Main  
für  
Wasserflurze  
freigeben

Tiefensee  
dafür  
gewinnen!

Termin mit  
der neuen  
Landesregierung  
machen!

Rannheim  
planieren!

# Gemeinsam gegen den Flughafenausbau

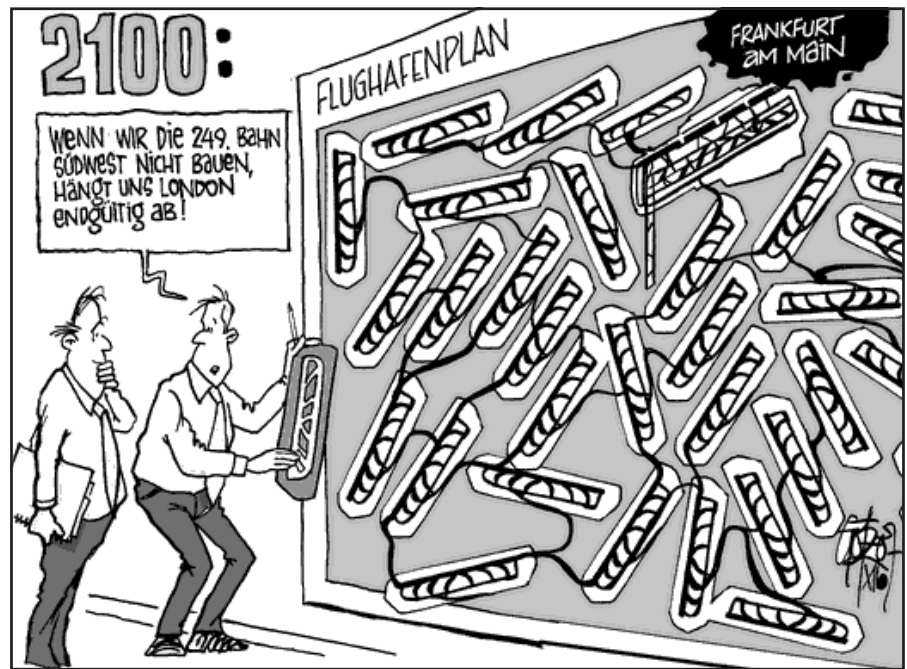
## Fluglärm macht krank

Die arbeits- und umweltmedizinische Literatur mit einer Fülle von toxikologischen und epidemiologischen Untersuchungen hat die Auswirkungen chronischer Lärmeinwirkung untersucht.

Die chronische Einwirkung einer Geräuschquelle von mehr als 60 db(A) Dauerschallpegel entsprechend dem Lärmpegel unter der Einflugschneise führt zwar zu keinen messbaren Auswirkungen auf das Gehör. Im übrigen Organismus sind allerdings zahlreiche Reaktionen und Veränderungen nachweisbar. Sie alle sind unter dem Oberbegriff „Lärmstress“ zu verstehen. Der menschliche Organismus reagiert auf eine Lärmquelle in der oben genannten Stärke und Dauer durch Fluchtreaktion oder Gegenwehr. Da beide Verhaltensmuster nicht realisiert werden können, kommt es zur bewussten oder unbewussten mentalen Unterdrückung, ohne dass allerdings die körperlich fassbaren Reaktionen mit unterdrückt werden könnten. Diese bestehen in einem messbaren und signifikanten Blutdruckanstieg, der sich über Jahre stabilisiert und dann auch ohne Lärmstress nicht mehr reversibel ist. Es kommt zu einer vermehrten Ausschüttung von Stresshormonen wie Nebennierenrinden- und -markhormonen (Cortisol und Adrenalin) sowie zu einer Erhöhung des Cholesterinspiegels im Blutserum.

Die Kombination dieser Stressreaktionen führt in einem signifikanten Ausmaß zu Herz-Kreislauf-Erkrankungen und in erster Linie zu Herzkranzgefäßverengungen. Neben diesen Effekten sind Veränderungen des Immunsystems festgestellt worden. Es zeigte sich, dass Immunglobulinfraktionen in dem Sinne einer Veränderung erfahren, dass die Immunabwehr herabgesetzt wird und somit die Neigung zu Infekten steigt.

Diese nachteiligen Wirkungen von Lärm gelten in besonderem Maße für die nächtliche Einwirkung. Deshalb ist der Wortbruch der Regierung Koch bezüglich eines uneingeschränkten



Nachtflugverbotes von besonderer Bedeutung. Selbst ohne subjektiv erlebte Unterbrechung des Schlafes kommt es nachweislich zu gesundheitsschädlichen Veränderungen des Blutdrucks, des Hormonstoffwechsels und der Schlafphasen. Diese Zusammenhänge wurden erst kürzlich im Rahmen einer groß angelegten Studie des Bremer Epidemiologen Eberhard Greiser (Epi.Consult GmbH, Bremen, Institut für Public Health und Pflegeforschung im Auftrag des Umweltbundesamtes 2007) nachgewiesen. Es zeigte sich ein besonders deutlicher Zusammenhang zwischen Lärmbelastungen und Arzneimittelverordnungen gegen hohen Blutdruck und bei Herzkrankheiten, wobei der Zusammenhang für Nachtlärm noch deutlich klarer als für Taglärm war. Dass nächtlicher Lärm nicht nur nervt, sondern auch krank macht, wurde auch in einer aktuellen europäischen Studie mit Experten des Umweltbundesamtes in Dessau nachgewiesen. Bei den rund 5000 untersuchten Anwohnern der Flughäfen Amsterdam, Athen, Berlin, London, Mailand und Stockholm führte Nachtfluglärm zu höheren Blutdruckwerten. Schon ein Anstieg des nächtlichen Fluglärms um zehn Dezibel im unteren Schallpegelbereich erhöht das Risiko für Bluthochdruck bei Frauen und Männern um rund 14 Prozent.

## Nicht vergessen!

### Rot-Grün will klagen

SPD und Grüne wollen nach einem Wahlsieg bei der Landtagswahl in Hessen ein deutlich schärferes Nachtflugverbot für den Flughafen Frankfurt durchsetzen als bislang geplant. Sie sähen gute Chancen, mit einer Klage die von der CDU-Landesregierung erlaubten Ausnahmen einzuschränken, sagten die SPD-Spitzenkandidatin Andrea Ypsilanti und der Grünen-Politiker Tarek Al-Wazir.

### „Ausbau steht nicht zur Debatte“

Den Ausbau des größten deutschen Flughafens selbst wolle eine rot-grüne Regierung nicht mehr torpedieren, da die Genehmigung nun mal erteilt sei, sagte Ypsilanti. „Ich glaube aber schon, dass es möglich ist, noch Veränderungen zu bewirken. Das ist eine juristische Frage und keine politische Frage mehr“, sagte die Politikerin.

# Stadtgeschichten

Bei der Auswahl der Bilder für diese Seite steht nicht immer die Qualität des Fotos und des Fotografen an erster Stelle, sondern es spielt vielmehr die größere Rolle, was ein Bild so alles erzählen kann. Auch bei dem heutigen, aufgenommen etwa Mitte der 1920er Jahre, kann man nicht gerade von einer wohl gelungenen Aufnahme sprechen. Es handelt sich um das Haus Nr.48 in der Schafgasse von Mörfelden, abgerissen vor über 30 Jahren. Heute befindet sich dort ein Gebäude mit Schaufenster der Firma Klein. Es war ein typisches 3-Fensterhäuschen, von denen es in Mörfeldens Altstadt nicht wenige gab und wie sie auch von den ersten Walldorfer Bürgern um 1715 in der dortigen Langstraße gebaut wurden.

Das Haus gehörte damals der Familie Völker, die - wie viele Familien zur damaligen Zeit - nicht gerade besonders begütert war. Die Mutter Eleonore, rechts am Fenster, hatte es nicht leicht mit ihren sechs Kindern. Ihr Mann war sehr früh schon verstorben. Die junge Witwe ernährte sich und die Kinder mit Waschen, Bügeln und Stärken, daher nannte man sie auch „Wäscher-Lorsche“. Mancher ältere Mörfelder erinnert sich noch, dass er die weißen Hemdkragen dort waschen und stärken ließ. Auch ging sie - mit einem Korb am Arm - von Haus zu Haus und verkaufte u. a. Meerrettichstangen und vor Weihnachten Odenwälder Lebkuchen. Am mittleren Fenster sieht man ihre jüngste Tochter Katharina, im Ort nur „das taubstumme Kätchen“ genannt. Aus dem linken Fenster schaut ihre zweitjüngste Tochter Marie. Gesagt sei noch, dass Wilhelm Völker, genannt „Wäscher“, Mitbegründer der SKV, langjähriger Turnwart, Gemeinderat, bekannter Antifaschist, Kommunist und dafür von den Nazis verfolgt und viele Jahre im Konzentrationslager inhaftiert, einer der Söhne vom „Wäscher-Lorsche“ war.



## KulBa

13. Februar

Film  
**„Geh und sieh“**  
Drama, UdSSR 1986

Beginn: 20 Uhr  
Eintritt frei

21. Februar  
**Rettet das Vinyl**  
Schallplattenabend, 20 Uhr

23. Februar  
**Karaoke-Night**  
Öffnung ab 20 Uhr

1. März  
**Konzert**  
„The Sleazy Beatniks“ und  
„Lidschi & The Melodymakers“  
Beginn: 20 Uhr  
Eintritt 6,- Euro, ermäßigt 4,-

## Unser Lexikon

### Schbrisch

Der hott  
soi Pulver  
veschosse.